RS UVS Salzburg 2005/09/01 5/11945/4-2005th

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 01.09.2005

Rechtssatz

In einem neueren Erkenntnis vom 19.10.2004,2003/03/0088 stellt der VwGH klar, dass aus § 39 Abs 1 GewO keine Verantwortlichkeit des gewerberechlichen Geschäftsführers für die Einhaltung des GüterbefG abgeleitet werden kann, da für die Vollziehung des Güterbeförderungsgesetzes nicht die Gewerbebehörden im Sinn der §§333 GewO zuständig sind, sondern die in §§ 20 und 21 GüterbefG genannten Behörden als Verkehrsbehörden, die im Zuständigkeits- und Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie tätig werden.

Diese Ausführungen des VwGH über die Zuständigkeit- und Vollziehungsbereich des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie zum Güterbeförderungsgesetz sind vollinhaltlich auch auf das Gelegenheitsverkehrsgesetz übertragbar (vgl. § 21 Abs 1 GelverkG und die Anlage Teil 2 Punkt K. 7. zu § 2 Bundesministeriengesetz 1986 idGF).

Die - entgegen der bisherigen VwGH-Judikatur vertretene - Rechtsansicht der Erstbehörde, dass für die vorgeworfenen Übertretungen des Gelegenheitsverkehrsgesetzes nicht der bestellte gewerberechliche sondern die handelsrechliche Geschäftsführerin des betroffenen Taxiunternehmens verwaltungsstrafrechlich verantwortlich ist, ist im Lichte der zitierten VwGH- Entscheidung vom 19.10.2004 daher nicht denkunmöglich.

Schlagworte

Handelrechlicher Geschäftsführer, Gelegenheitsverkehrsgesetz

Quelle: Unabhängige Verwaltungssenate UVS, <http://www.wien.gv.at/uvs/index.html>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at